SPD I

Allmendinger soll ins Schattenkabinett

In der SPD gibt es den Plan, die Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin, Jutta Allmendinger, ins Schattenkabinett des Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier aufzunehmen. Steinmeier möchte im Sommer Anwärter für diejenigen Ressorts präsentieren, die die SPD derzeit nicht besetzt. Allmendinger soll für die Themen Frauen und Familie zuständig sein. Die 52-jährige Soziologin hat sich vor allem durch ihr Engagement für Gleichstellungspolitik und Frauen in Führungspositionen einen Namen gemacht. Kürzlich forderte sie, in Deutschland eine Quotenregelung für die Privatwirtschaft nach norwegischem Vorbild einzuführen. Dort werden Aufsichtsräte zu 40 Prozent mit Frauen besetzt. Die Mutter eines 15-jährigen Sohnes leitete zwischen 2003 und 2006 das Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Dort erhöhte sie die Zahl weiblicher Führungskräfte nach eigener Aussage von „null auf 33 Prozent“. Allmendinger ist Mitglied der SPD. Als weitere Kandidaten für das Schattenkabinett sind derzeit die rheinland-pfälzische Bildungsministerin Doris Ahnen für die Bildung und die ehemalige Kulturstaatsministerin Christina Weiss für die Kultur im Gespräch.

REINER ZENSEN / IMAGO

Allmendinger

JOERG SARBACH / AP

Schachtanlage Asse

KERNENERGIE

Atomlobby zahlte für Asse

Jahrelang hat sich die Bundesregierung die Öffentlichkeitsarbeit für das marode Atommüllendlager Asse von den Energiekonzernen finanzieren lassen. Fast 700 000 Euro flossen zwischen 1997 und 2002 durch das Deutsche Atomforum an den damaligen Asse-Betreiber GSF. Damit seien in Absprache mit dem Bund unter anderem Personal- und Verwaltungskosten für Besucherführungen finanziert worden, bestätigt das Forum, das sich als Lobbyverband für die nichtmilitärische Nutzung der Kernenergie einsetzt. Wie aus dem Schriftverkehr mit dem zuständigen Bundesforschungsministerium hervorgeht, wurden die Kosten der Besucherbetreuung ursprünglich zum großen Teil von der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) übernommen, die die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf betreiben wollte. Nach dem Scheitern des Projekts und der Auflösung der DWK Anfang der neunziger Jahre fehlte aber das Geld, das Forschungslager weiterhin positiv in der Öffentlichkeit darzustellen. Deshalb diskutierten die Verantwortlichen eine Lösung mit dem Deutschen Atomforum, um eines der „positivsten Vorzeigeobjekte der deutschen Kerntechnik“ weiterhin präsentieren zu können. Nachdem inzwischen gravierende Missstände in der maroden Atommüllkippe bekannt wurden, distanzieren sich die Energiekonzerne freilich von der Asse. Das Lager sei eine Einrichtung der öffentlichen Hand, heißt es nun in einer „Sprachregelung“ des Deutschen Atomforums: „Öffentliche Einrichtungen, die für die Probleme verantwortlich sind, müssen dafür einstehen.“

SPD II

Diskretes Werben

Die SPD hofft auf weitere Überläufer aus der Partei Die Linke. Nachdem die Europapolitikerin Sylvia-Yvonne Kaufmann in der vorigen Woche die Seiten wechselte, könnten sich vor allem solche Linkspartei-Mitglieder zur Nachahmung ermutigen lassen, die sich bereits offen gegen den strammen Linkskurs ihres Vorsitzenden Oskar Lafontaine ausgesprochen haben. Dazu gehört unter anderen der frühere Leiter der Strategieabteilung der PDS, Thomas Falkner, der gute Drähte zur SPD in Brandenburg hält. Falkner, enger Vertrauter von Links-Chef Lothar Bisky, ist Mitarbeiter der Landtagsfraktion der Linken in Brandenburg. Auch Ralf Christoffers, Wirtschaftspolitiker der Linken in Brandenburg, steht auf der Wunschliste der SPD. Christoffers ist verärgert über unbezahlbare Forderungen im Wahlprogramm der Bundespartei. Katina Schubert ist der Wechsel zur SPD bereits nahegelegt worden. Sie war Linkspartei-Vize, kandidierte aber aus Frust über Lafontaines Kurs nicht noch einmal für das Amt. Sie will allerdings in der Linkspartei bleiben. Als Anlaufstelle für Wechselwillige gilt bei den Sozialdemokraten die frühere PDS-Politikerin Angela Marquard, die inzwischen im Stab von SPD-Vizin Andrea Nahles arbeitet. Nahles rät der Parteiführung intern dazu, möglichst geräuschlos nach Überläufern zu suchen. Allzu demonstrative Appelle oder Einladungen würden nur kontraproduktiv wirken, warnt sie.